

# POSITIONSPAPIER

der

Initiative

*Konservativer Aufbruch!*

*CSU-Basisbewegung für Werte und Freiheit*

## ***Rechtsstaat und Verfassung achten - illegale Einwanderung stoppen!***

Zuwanderungsanreize abbauen, illegale Zuwanderung verhindern, Abschiebungen bundeseinheitlich und konsequent umsetzen, Fluchtursachen bekämpfen, Terrorgefahr beachten und entgegenzutreten!

### **Ansatzpunkte für eine konsequente und rechtsstaatliche Flüchtlings- und Asylpolitik**

Humanitäre Hilfe für Kriegsflüchtlinge und politische verfolgte Menschen ist nach unserem christlichen Menschenbild eine Selbstverständlichkeit. Artikel 16 a des Grundgesetzes und die Genfer Flüchtlingskonvention sind für uns unantastbar. Gerade als Konservative berührt uns die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer in besonderem Maße.

Dennoch können wir nicht alle Flüchtlinge aufnehmen, die zu uns nach Deutschland wollen.

Aktuell droht das deutsche Asylsystem zu kollabieren. Die Bundesregierung rechnet nach ihrer neuesten Prognose für 2015 mit 450.000 Asylanträgen. Das bedeutet mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2014. Eine Entspannung der Lage ist mit Blick auf die weltweiten Krisenregionen in absehbarer Zeit nicht in Sicht. Insbesondere die Kommunen bringen aktuell für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen immense Kraftanstrengungen auf. Die so genannten Pegida-Demonstrationen zeigen: längerfristig rasant und ungesteuert steigende Flüchtlingszahlen werden soziale und ethnische Konflikte in Deutschland wachsen lassen und die Aufnahmebereitschaft der deutschen Gesellschaft und den inneren Frieden gefährden. Diesbezügliche Ängste der Bevölkerung nehmen wir ernst. Sie veranlassen uns einmal mehr eine konsequente Asyl- und Flüchtlingspolitik einzufordern.

Oberste Priorität haben dabei für den *Konservativen Aufbruch* der gezielte Abbau falscher Zuwanderungsanreize in Deutschland, die Bekämpfung der illegalen Einwanderung, eine bundeseinheitliche und konsequente Rückführungspraxis, die wirksame Bekämpfung des Schleuserwesens sowie außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Initiativen, die die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen.

### **Zuwanderungsanreize abbauen**

Um den von Krieg und politischer Verfolgung betroffenen Menschen wirksam und nachhaltig helfen zu

können, bedarf es einer konsequenten Flüchtlingspolitik. Es gilt strikt zu unterscheiden: zwischen der Zuwanderung von tatsächlich Asylberechtigten sowie der Zuwanderung unter dem Deckmantel des Asylverfahrens, die in Wahrheit auf den deutschen Arbeitsmarkt bzw. auf Sozialleistungen abzielt. Illegale Einwanderung muss mit allen – dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln – bekämpft werden. Der dauerhafte, rechtswidrige Aufenthalt von abgelehnten Asylbewerbern darf nicht toleriert werden. Zudem ist der der *Konservative Aufbruch* in Bezug auf die legale Einwanderung der festen Überzeugung, dass sich diese ausschließlich an unseren nationalen Interessen orientieren muss.

Die aktuelle Diskussion um die Öffnung des Arbeitsmarktes und von Integrationsmaßnahmen für bereits abgelehnte Asylbewerber sind für den *Konservativen Aufbruch* das gänzlich falsche Signal. Dadurch werden gerade für Wirtschaftsflüchtlinge Zuwanderungsanreize verstärkt. Um Zweck und Leistungsfähigkeit des deutschen Asylsystems zu erhalten, fordern wir: Zugang zu Sprachkursen und Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration ausschließlich für anerkannte Asylbewerber.

Wer mit Blick auf Sozialleistungen einen Asylantrag stellt, missbraucht die deutsche Rechtsordnung und die hiesige Solidargemeinschaft. Wir fordern die strikte Anwendung des Sachleistungsprinzips für Zuwanderer aus sicheren Herkunftsländern wie den Westbalkanstaaten. Geldleistungen für Wirtschaftsflüchtlinge lehnen wir ab. Dies schließt die individuelle finanzielle Unterstützung aus den Rückkehrprogrammen (REAG/GARP) von Bund und Ländern ein.

Das Asylrecht ist ein Recht für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge. Jeglicher Missbrauch gefährdet die große Aufnahmebereitschaft der deutschen Bevölkerung und spielt politischen Extremisten jeglicher Couleur in die Hände.

### **Verfahrensstau nicht vom Bund auf die Länder schieben**

Gleiches gilt für die unzureichende Abschiebepaxis in Deutschland. Nach Auskunft der Bundesregierung halten sich derzeit mehr als 600.000 Zuwanderer, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder deren Flüchtlingschutz abgelaufen ist, in Deutschland auf. Gleichzeitig wird das Asylsystem aktuell zu über 50% von Migranten aus den Westbalkanstaaten in Anspruch genommen, die keine Aussicht auf einen Schutzstatus in Deutschland haben. Wenn abgelehnte Asylbewerber nicht schnell, strikt, konsequent und umfassend zurückgeführt werden, wird das gesamte Asylsystem ad absurdum geführt. Die Ressourcen der Ausländerbehörden und des zuständigen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind begrenzt und können nicht endlos aufgestockt werden. Ihre Kapazitäten gilt es auf diejenigen zu konzentrieren, die aufgrund von Krieg und politischer Verfolgung unserer Solidarität und Hilfe bedürfen.

Der Bundesinnenminister hat nach dem Asylgipfel im Kanzleramt am 8. Mai verkündet, das BAMF um

bis zu 2.000 Mitarbeiter zu verstärken. Diese sollen insbesondere die rund 200.000 noch nicht abgeschlossenen Asylverfahren zügig bearbeiten. Aus Sicht des *Konservativen Aufbruchs* nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wenn nicht gleichzeitig die Ausländerbehörden und die Verwaltungsgerichte personell verstärkt werden, wird lediglich der Verfahrensrückstau von der Bundes- auf die Landesebene verschoben.

### **Abschiebungen konsequent und einheitlich umsetzen**

Erschwert wird die Situation durch die uneinheitliche und gesellschaftspolitisch fahrlässige Abschiebepaxis einiger Bundesländer. Es ist im Sinne einer schlüssigen Asylpolitik nicht hinnehmbar, dass einige Länder durch Sonderregelungen wie Winterabschiebestopps die Rückführung abgelehnter Asylbewerber blockieren. Für die Bürger ist auch nicht nachvollziehbar, warum in manchen Bundesländern für die Ausländerbehörden die Prüferfordernisse vor einer Abschiebung so komplex sind, dass eine zügige Rückführung nach einem ablehnenden Bescheid nahezu unmöglich gemacht wird. Es ist zwingend notwendig, die Asylverfahren auf eine Regelbearbeitungszeit von höchstens zwei Monaten zu verkürzen. Zur Zeit werden Asylbewerber erst viele Monate oder gar ein Jahr und später nach Antragstellung zu einer ersten Anhörung geladen. Um konsequente Rückführungen zu gewährleisten, ist mehr Personal für Ausländerbehörden notwendig. Aktuell ist das vorhandene Personal nahezu zu 100 % in die Asylbewerberunterbringung eingebunden; für die oft sehr zeitaufwendigen Rückführungsmaßnahmen fehlt schlicht die Zeit. Darüber hinaus dürfen keine generellen Bleiberechte oder sonstige Aufenthaltstitel für abgelehnte Asylbewerber gewährt werden. Die Abschiebung der über 600.000 in Deutschland befindlichen abgelehnten Asylbewerber muss endlich gesetzeskonform vollzogen werden.

### **Strafrechtliche Verfolgung bei Verschleierung von Identität und Herkunft**

Auch strafrechtlich relevante Belange des Verfahrens werden aktuell allenfalls unzureichend verfolgt. Wie kann es angesichts steigender Flüchtlingszahlen sein, dass sich Asylbewerber, die ihre Identität verschleiern, einen verlängerten Aufenthalt in Deutschland erschleichen können, ohne dafür strafrechtlich belangt zu werden. Die weit überwiegende Mehrheit der Asylbewerber und Ausreisepflichtigen gibt an, ohne Identitätsdokumente zu sein. In vielen Fällen handelt es sich dabei um eine zielgerichtete Verschleierung der Identität. Dies geht oft einher mit der Verweigerung der gesetzlich vorgeschriebenen Mitwirkungspflicht bei der Klärung der Herkunft.

Der *Konservative Aufbruch* fordert Bund und Länder auf, den Kommunen finanzielle Mittel für eine nachhaltige personelle Verstärkung von Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichten zur Verfügung zu stellen. Wir fordern gleichzeitig eine strikte Umsetzung des Asylrechts ohne landesspezifische Ausnahmeregelungen. Nachweisliche Verschleierung von Identität und Herkunft sowie Verweigerung gesetzlicher Mitwirkungspflichten sind zu sanktionieren.

## **Zentrale Unterbringung von Dublin-II-Fällen**

Dublin-II-Fälle sollten zentral untergebracht werden bzw. in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben und nicht auf die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt werden. Die Unterbringung in dezentralen Unterkünften erweist sich als ausgesprochen kontraproduktiv in Hinblick auf die vorgesehene Rückführung, da die abgelehnten Asylbewerber dort – so wie die anerkannten Asylbewerber auch – integrierende Maßnahmen durchlaufen und haupt- wie ehrenamtlich sozial betreut werden. Dadurch ist die Bereitschaft, freiwillig zurückzukehren sehr gering und die notwendigen Abschiebungen werden als noch schmerzhafter empfunden.

## **Skandalisierung von Abschiebungen politisch begegnen**

Die Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland ist gebunden an die Werte und Normen des Rechtsstaates. Das wissentliche Unterlaufen der rechtlichen Regelungen zur Aufenthaltsbeendigung gefährdet den inneren Frieden. Die konsequente Rückführung von Zuwanderern ohne Bleibeberechtigung ist deshalb ein wichtiger Baustein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In diesem Sinne fordern wir die beteiligten politischen Akteure auf, der Skandalisierung von Abschiebungen in den Medien entschieden entgegenzutreten. Den häufig medial an Einzelfällen vermittelten Eindruck, Mitarbeiter von Ausländerbehörden agierten außerhalb der Rechtsordnung, gilt es mit Nachdruck zu begegnen.

## **Schlepperbanden bekämpfen**

Die skizzierten innenpolitischen Maßnahmen müssen außenpolitisch und durch Initiativen aller EU-Mitgliedstaaten flankiert werden. Wir begrüßen die Pläne der EU, mit militärischen Mitteln gegen die Schleuserkriminalität vorzugehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, bei der Bekämpfung von Schleusern auch Transitländer wie Griechenland und die Türkei politisch in die Pflicht zu nehmen, Schlepperbanden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wirksam die Grundlagen zu entziehen.

## **Fluchtursachen in den Herkunftsländern in den Blick nehmen**

Die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise wird nur gelingen, wenn die Fluchtursachen in den Herkunftsländern in den Fokus genommen werden. Mit Blick auf den Westbalkan fordern wir die Bundesregierung auf, auch Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftstaaten zu deklarieren und außenpolitisch auf die dortigen Regierungen hinzuwirken, die massiven Abwanderungsbewegungen nach Deutschland endlich wirksam zu unterbinden.

Hinsichtlich der Flüchtlingsströme aus Afrika und dem Nahen Osten sind die Staaten der westlichen Wertegemeinschaft aufgefordert, nachhaltige sicherheitspolitische Strategien und entwicklungs- politische Initiativen zu entwickeln, um die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen. Nur hier lässt sich die Flüchtlingsproblematik lösen, nur hier können weitere Tragödien auf dem Mittelmeer verhindert werden.

## Quotenregelung nur unzureichende Übergangslösung

Die aktuelle diskutierte Verteilung von Flüchtlingen nach festen Quoten innerhalb der EU leistet keinen nachhaltigen Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen, sondern kann nur als kurzfristige Reaktion auf die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer verstanden werden. Grundsätzlich liegt es im Entscheidungsbereich der einzelnen Nationalstaaten, wen und wie viele Flüchtlinge sie aufnehmen. Die Einführung eines befristeten Quotensystems erfordert die Vorverlagerung bestimmter Teile des Asylverfahrens an die Außengrenzen der EU. Es sollten grundsätzlich nur Asylberechtigte und Kriegsflüchtlinge auf die EU-Staaten verteilt werden. Andernfalls werden durch das Quotensystem erneut falsche Zuwanderungsanreize für Migranten mit wirtschaftlichen Motiven gesetzt. Dies würde insbesondere die Abwanderungsländer weiter schwächen, denen bereits heute nach und nach wichtige Fachkräfte und Berufsgruppen für die eigenen wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven verloren gehen. Ein Quotensystem zur Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU wird das virulente Problem nicht nachhaltig lösen, denn nicht nur Deutschland, sondern viele Länder der EU werden durch den Ansturm illegaler Einwanderer ("Wirtschaftsflüchtlinge") überfordert.

## Aussetzung des Schengen-Abkommens

Die exorbitante Zunahme der illegalen Einwanderung in den zurückliegenden 24 Monaten nach Deutschland ist auch darauf zurückzuführen, dass insbesondere die italienischen Behörden die Verpflichtungen aus dem Abkommen von Dublin nicht mehr einhalten. Zum einen findet an der italienischen Südgrenze keine Einreisekontrolle mehr statt, wie es aber das europäische Abkommen von Dublin vorsieht. Zum anderen werden Asylantragsteller in Italien nicht an einer Weiterreise nach Deutschland gehindert. Vielmehr unterstützen die italienischen Behörden die Einreisenden aus Afrika, damit diese überhaupt nach Deutschland gelangen können. Dies beweist die in die Tausende gehende Zahl von Asylbewerbern, die allein im Jahr 2014 und der ersten Jahreshälfte 2015 an den südlichen bayerischen Bahnknotenpunkten, wie z.B. in Rosenheim aus Italien kommend, eingereist sind. Wenn die italienische Regierung und andere Regierungen in der EU das Abkommen von Dublin nicht einhalten, müssen auch die Zahlungen des deutschen Staates im Rahmen des Dublin-Abkommens eingestellt und in einem nächsten Schritt die Grenzkontrollen zu Österreich wieder eingeführt werden. Nach § 18 Abs. 2 Asylverfahrensgesetz kann derjenige Ausländer, der an der Grenze nach Deutschland aufgegriffen wird, an der Einreise gehindert werden, also wenn er z.B. über Österreich oder einen anderen sogenannten sicheren Drittstaat einreist. Daher können nur Grenzkontrollen dazu führen, dass die Vereinbarungen des Dublin-Abkommens umgesetzt werden können. Wenn sich der Bund weiterhin weigert, solche Grenzkontrollen wieder einzurichten, könnte auch der Freistaat Bayern mit seinen bayerischen Bereitschaftspolizeikräften solche Grenzkontrollen durchführen, gestützt auf die allgemeine polizeiliche Ermächtigungsklausel des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes.

## Gefahr durch eingeschleuste islamistische Terroristen benennen und bekämpfen

Neben massiven gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemstellungen ergeben sich aus der massenhaften, ungesteuerten und unkontrollierten, illegalen Einwanderung auch akute sicherheitspolitische Gefährdungsszenarien. Diese müssen klar benannt, stringent analysiert und effizient bekämpft werden. Durch die unkontrollierte Masseneinwanderung –insbesondere jener aus Nord-Afrika, sowie dem Nahen- und Mittleren Osten– besteht die akute Bedrohung der verdeckten Einreise islamistischer Terroristen, die so als Flüchtlinge getarnt in die EU gelangen könnten. Valide Erkenntnisse der europäischen Nachrichtendienste belegen, dass die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) die Strategie verfolgt, gezielt Terroristen und potentielle Attentäter mit Flüchtlingsschiffen in die „Festung Europa“ einzuschleusen. Sollte diese virulente Gefährdungslage irgendwann zur traurigen Realität werden, also sollten aufgrund der unkontrollierten, illegalen Massenzuwanderung islamistische Terroristen nach Europa gelangen, dann kann und sollte niemand sagen: *„Das konnte man ja nicht ahnen!“*. Politik und Sicherheitsbehörden müssen diesbezüglich agieren, pro-aktiv, zeitnah und entschlossen. Ein erster Schritt ist die Gefahr beim Namen zu nennen und realistisch einzuschätzen. Denn schon Franz Josef Strauß wusste:

*„Selbst dann, wenn man eine rosarote Brille aufsetzt, werden Eisbären nicht zu Himbeeren!“*

## Fazit, Schlussfolgerung, Forderungen

Illegale Einwanderung muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln effektiv verhindert werden. Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber (nach dem "Asylverfahrensgesetz" (AsylVfG)) müssen umfassend, zeitnah, rasch und stringent in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Erst wenn diese Maßnahmen strikt umgesetzt werden, macht eine Quoten-Reglung, also die faire und pragmatische Verteilung jener Menschen, denen wir wirklich helfen müssen (nach Art.16a GG.), Sinn. Politik, Medien und Gesellschaft sollten zudem in der Diskussion endlich trennscharf zwischen "legalen Flüchtlingen" (mit Anspruch auf Gewährung von Asyl) und "illegalen Einwanderern" (ergo „Wirtschaftsflüchtlingen“) unterscheiden.

**ifordern unsere CSU-Führung, sowie die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung dringlich dazu auf, sich endlich dafür einzusetzen, dass die Asyl- und Flüchtlingspolitik nach rechtsstaatlichen Grundsätzen gestaltet wird und eine effektive Durchführung in der Praxis stattfindet!**

München, 01.06.2015

[www.konservativer-aufbruch.de](http://www.konservativer-aufbruch.de)  
[info@konservativer-aufbruch.de](mailto:info@konservativer-aufbruch.de)